

40 Jahre Georg-Eckert-Institut

Braunschweig 7.12.2015

Anrede,

„Das Gesetz ist in dritter Lesung einstimmig angenommen.“ erklärte der Präsident des Niedersächsischen Landtags am 19. Juni 1975. Das war das grandiose Ergebnis teils schwieriger Verhandlungen über die Gründung des „Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“. Zwar gab es im Grundsatz zwischen den im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD und FDP Einigkeit, die Arbeit des von Georg Eckert gegründeten Schulbuchinstituts fortzusetzen, aber bei den Gesprächen, alle Bundesländer in die Trägerschaft einzubeziehen, gab es erhebliche Probleme.

Noch bei Einbringung des Gesetzentwurfs am 11. Dezember 1974 hatte der damalige Wissenschaftsminister Joist Grolle darauf hingewiesen, daß „sowohl die Bundesregierung als auch die Ständige Konferenz der Kultusminister zwei Mitglieder benennen können“.

Bayern und Baden-Württemberg brachten vor allem verfassungsrechtliche Einwände gegen eine Beteiligung der KMK vor. Da Schulpolitik nun einmal Sache der Länder sei, könne nicht die Gesamtheit der Länder über ein gemeinsam getragenes Institut diese Hoheit in Schulfragen aushebeln. Bekanntlich hat dieser Einwand bis zur Überführung des Instituts in ein Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft Bestand gehabt. Beide Länder haben auch dauerhaft abgelehnt, das Institut als Länder mitzutragen, obwohl die gefundene Rechtskonstruktion diese Möglichkeit offen gelassen hatte. Um das Gesetz überhaupt in vertretbarer Zeit nach dem Tode Georg Eckerts auf den Weg zu bringen, wurde schließlich der Kompromiß gefunden, daß alle Entscheidungen im Kuratorium einstimmig zu erfolgen hätten, solange nicht alle Bundesländer Träger des Instituts seien.

Als damaliger Vorsitzender des Kultusausschusses des Niedersächsischen Landtags hatte ich mir nicht träumen lassen, zu welchen praktischen Schwierigkeiten diese Konstruktion insbesondere bei Finanzfragen noch führen sollte. Übrigens war der Kultusausschuß zwischen 1974 und 1978 noch für beide Bildungsministerien, Schule und Hochschule, zuständig, was sich angesichts der Ansiedlung des Instituts im Hochschulbereich zugleich aber seiner schulpraktischen Auswirkungen als sehr sachdienlich erwies. Als später

langjähriger Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Instituts habe ich angesichts der Vorgabe der Einstimmigkeit viel Energie darauf verwenden müssen, mit dem einen oder anderen Kniff das Institut aus den Gefährdungen von Scylla und Charybdis heraus zu steuern.

Georg Eckert war am 7. Januar 1974 verstorben. Eine Lösung für das in der Luft hängende Institut drängte. Alfred Kubel, Niedersächsischer Ministerpräsident in einer SPD/FDP-Koalition ab Juni 1974, hatte sich sofort nach Eckerts Tod zur Würdigung, Fortsetzung und Weiterentwicklung von Eckerts Arbeit für eine dauerhafte institutionelle Lösung eingesetzt, die eine Verselbständigung und damit Herauslösung aus der Braunschweiger Universität, die damals keine großen Ressourcen für das Institut bereitstellen wollte, zum Ziel hatte. In „Anerkennung der auf Abbau der nationalen Vorurteile, auf Verständigung und friedliches Zusammenleben der Völker gerichteten Lebensarbeit Georg Eckerts“, so Minister Grolle im Dezember 1974, lag es nahe, eine bundesweite Verankerung anzustreben. Das sollte sich aber aufgrund der überaus aufgeheizten politischen Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland als sehr schwierig erweisen. Ein Blick auf die erste Hälfte der 70er Jahre liefert Erklärungen.

Willy Brandt hatte mit der SPD/FDP-Koalition nach Überstehen eines Mißtrauensvotums im Deutschen Bundestag die Bundestagswahl 1972 gewonnen, mußte dann aber am 7. Mai 1974 wegen der Guillaume-Affäre zurücktreten. Ursache der aufgeheizten Stimmung waren die Ostverträge mit Polen und der Sowjetunion, speziell die Frage der Oder/Neiße als Grenze zwischen Deutschland und Polen. Die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition wurde von CDU/CSU heftigst bekämpft. Die Arbeit der Deutsch-Polnischen Schulbuch-Kommission, von Eckert mit diversen Seminaren und Treffen unterstützt, stand damit ebenfalls im Zentrum der Kritik von konservativer Seite.

Umso erfreulicher war es, daß es dem reformoffenen Sprecher der niedersächsischen CDU in Schulfragen, dem späteren Kultus- und Umweltminister Werner Remmers, gelang, Kultusminister Bernhard Vogel aus Rheinland-Pfalz für eine Sicherung der Institutsarbeit zu gewinnen. Unter Inkaufnahme von Verdruß in Bayern und Baden-Württemberg erklärte sich die Landesregierung von Rheinland-Pfalz unter Helmut Kohl bereit, in die Trägerschaft des neu zu gründenden Instituts einzutreten. Die ursprüngliche Idee einer Beteiligung der KMK war damit vom Tisch. Dennoch war dies ein entscheidendes politisches Signal, das auch das Akzeptieren der

Einstimmigkeitsregel rechtfertigte. Zugleich hat diese Entscheidung, das Institut nicht nur auf niedersächsische Beine sondern auf ein bundesweit ausdehnbares Fundament zu stellen, langfristig die vor wenigen Jahren erfolgte Aufnahme des Georg-Eckert-Instituts in die Leibniz-Gemeinschaft vorbereitet. Die Weichen waren endgültig gestellt, die Institutsarbeit aus einer lediglich niedersächsischen Verankerung auf eine bundes- und letztlich globale Perspektive zu stellen.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle noch einen persönlichen Aspekt hinzuzufügen. Ich wurde 1974 mit 33 Jahren erstmals in den Niedersächsischen Landtag gewählt und sofort Vorsitzender des Kultusausschusses. Damit war ich natürlich „dienstlich“ mit der Institutsfrage befaßt und habe viele Gespräche in Niedersachsen geführt. Für mich waren aber weder das Institut noch Eckert unbekannte Größen. Im Rahmen meiner Heidelberger Examensarbeit „Quellenlage und Forschungsstand zur Geschichte der Studentenschaft in der Weimarer Republik“ hatte ich schon Ende 1968 brieflich Kontakt mit Georg Eckert.

Einerseits war Eckert für meine Arbeit ein wichtiger Zeitzeuge. Zum anderen war die Arbeit seines Instituts für mich nützlich, weil ich darin zusätzliche Belege zu finden hoffte, daß die politischen Entwicklungen, deutsche Niederlage 1918, Friedensvertrag von Versailles, gravierende politische Kontroversen in der Weimarer Republik, zwar Anlässe für die nationalistische Orientierung der damaligen Studentenschaft boten, daß aber die Ursache dieser Entwicklung in den autoritären Erziehungsmustern des Kaiserreichs lagen

Mich hat damals besonders beeindruckt, daß Eckert auf den Brief eines ihm unbekanntem Studenten aus Heidelberg vom 2.12. schon am 6.12. eine zweiseitige Antwort mit Ermunterung zu weiterer Forschungstätigkeit abschickte. Da ich auch während meiner ersten beruflichen Tätigkeit, die mich nach Niedersachsen verschlug, noch hoffte, ausreichend Zeit für die Erstellung einer Dissertation zu haben (was sich als großer Irrtum herausstellte), setzte sich der Kontakt zu Georg Eckert fort. Er lud mich u.a. zu Konferenzen über Probleme im Zusammenhang mit der Arbeit an den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ein. Da Eckert damals auch Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission bis zu seinem Tode war, bin ich ihm als seit 1968 gewähltes Mitglied dieser Organisation ebenfalls des Öfteren begegnet.

Sehen Sie mir diesen persönlichen Aspekt nach. Aber es ist vielleicht nachvollziehbar, daß unmittelbare Personen-, Arbeits- und Institutionenkenntnisse der Motivation für eine Sache sehr hilfreich sind.

Die Arbeit von Georg Eckert und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts in seinen Anfängen bis heute ist für mich Friedensarbeit im besten Sinne des Wortes. Deshalb wünsche ich dem Georg-Eckert-Institut noch viele, viele Jahre intensiver Arbeit zum Nutzen einer demokratischen, freiheitlichen Welt. Es ist gut, daß über die Revision des Falschen und der Vorurteile in den Schulbüchern hinaus jetzt auch Empfehlungen für Antworten auf aktuelle Probleme national wie global treten, z. B. mit Blick auf Migration und Integration.

Georg Eckerts Arbeit ebenso wie die des Instituts heute ist der Präambel der UNESCO- Konstitution vom 16. 11. 1945 uneingeschränkt verpflichtet. Dort heißt es „Since wars begin in the minds of men, it is in the minds of men that the defences of peace must be constructed.“

Ihre Arbeit ist im besten Sinne Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der von den UN im September dieses Jahres beschlossenen Sustainable Development Goals.

Viel Erfolg auch in Zukunft!

Walter Hirche